



Foto: P. Seeger/dpa

Ist Holzernte angewandter Naturschutz, oder muss sie unterbleiben, um die Artenvielfalt zu schützen?

Gepflegte Wildnis

Auf dem 37. Freiburger Winterkolloquium der Uni Freiburg berichteten Forscher vom Nutzen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung für Natur, Artenvielfalt und Klimaschutz.

Mit so viel Resonanz hatte das Organisationsteam um Prof. Dr. Dirk Jäger nicht gerechnet. Wegen des großen Ansturms von über 500 Teilnehmern musste man kurzfristig in das größte Auditorium der Uni Freiburg, das Audimax, umziehen, um all die Waldbesitzer, Förster, Wissenschaftler, Holzverarbeiter und Naturschützer unterzubringen.

Magnet der Veranstaltung war Minister Peter Hauk vom Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg. Bereits 5,1 % des Staatswaldes seien jetzt schon für Nationalpark, Großschutzgebiete, Alt- und Totholzflächen ausgewiesen. Bis 2020 werden es 8,4 % des Staatswaldes sein. Darü-

ber hinaus werde es bis auf weiteres keine Flächenstilllegungen geben. Denn der Diskurs darüber, was Flächenstilllegungen überhaupt für Naturschutz, Biodiversität und CO₂-Bindung messbar bringen, sei noch nicht abgeschlossen. Waldrefugien und ein gewisser Totholzanteil seien selbstverständlich, aber sollten 10 % oder mehr Waldflächen stillgelegt werden, würde Deutschland auf die Absorption von gewaltigen Mengen CO₂ verzichten.

Naturschutz

Viele Umweltverbände gingen dagegen von der Position aus, dass Stilllegungsflächen dem Naturschutz dienen. Man spricht daher lieber von „Prozess-

flächen“, „Referenzflächen“ und „Naturentwicklungsflächen“. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) betreut aus der Nutzung genommene Flächen von derzeit rund 69 000 ha. Dr. Heinrich Bottermann, Generalsekretär der Stiftung, betont sein Bemühen, auf diesen Flächen die heimische Struktur- und Artenvielfalt zu erhalten, oder wieder herzustellen. Umforstung, aber auch Offenhaltung und Beweidung gehören zum Arbeitsprogramm. Für diese Arbeiten ist die DBU Naturerbe GmbH mit 2,1 Mrd. € Stiftungskapital und 50 Mio. € Fördermitteln pro Jahr ausgestattet. Man kann also stillgelegte Flächen keineswegs als „Wildnis“ sich selbst überlassen, so wie es Staatssekretär Jochen Flasbarth vom Bundesumweltministerium

am 31. Januar in Berlin in den Raum gestellt haben soll.

Dirk Riesenpatt, der Vorsitzende des FSC Deutschland, stufte Silllegungsflächen von 10 % als ökologisch notwendig, sozial empfehlenswert und volkswirtschaftlich unerheblich ein. Der für Mitte 2017 zu erwartende neue FSC-Standard sehe die Stilllegung von mindestens 10 % der Holzbodenfläche für den Staatswald, und mindestens 5 % für den Kommunalwald ab 1 000 ha vor. Dabei sollten die stillgelegten Flächen jeweils möglichst größer als 25 ha sein. Unterstützung fanden seine Thesen durch Prof. Dr. Bernd Hansjürgens vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig, der ein Übergewicht der kurzfristigen Nutzung gegenüber langfristigen gesellschaftlichen Zielen befürchtet.

Forschung

Umweltpolitisch nachdenklich stimmen die Untersuchungen von Prof. Stefan Pauliuk von der Uni Freiburg. Er zeigte auf, dass Deutschland für seinen Verbrauch weltweit die Ressourcen von etwa der fünffachen Fläche Deutschlands in Anspruch nimmt, mit allen dazu gehörigen Umweltfolgen – schwerlich ein Argument für deutsche Flächenstilllegungen.

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Prof. em. Dr. E. Schulze vom Max-Planck-Institut in Jena und Prof. Dr. Christian Ammer von der Universität Göttingen. Beide haben in umfangreichen, aber unabhängigen Arbeiten die Artenvielfalt in unterschiedlich bewirtschafteten Wäldern untersucht. Zwischen bewirtschafteten Wäldern und Naturschutzwäldern konnten beide keine signifikanten Veränderungen feststellen. Heterogene Landschaften mit Feld, Wald, Weide, Buschwerk gäben viel mehr Arten Raum als Stilllegungsflächen oder gar einseitige Buchenwälder. Schulze gab der Sorge Ausdruck, dass es ja nicht bei deutschen Stilllegungsvorschriften bleibe. Wenn man alle Nutzungseinschränkungen und Naturschutzrichtlinien einschließlich der FFH-Richtlinie der EU buchstabengetreu umsetzen würde, wären 20 % der deutschen Waldfläche und 60 % des Staatswaldes unter Schutz zu stellen. Außerdem müsste man bei ganzheitlicher Berechnung z. B. in Sibirien sehr große Flächen abholzen, um die Nutzungseinschränkungen hierzulande mengenmäßig zu kompensieren. Insgesamt konnten beide Wissenschaftler keine schlüssigen

Gründe für großflächige Unterschutzstellungen ermitteln, nicht von der Biodiversität her und schon gar nicht vom globalen Naturschutz her.

Ergänzend dazu hat Prof. Arno Frühwald vom Zentrum für Holzwirtschaft der Universität Hamburg die Auswirkung von Bewirtschaftung bzw. Stilllegung auf die CO₂-Bilanz und damit auf den Klimaschutz ausgiebig untersucht.

Der Wald ist für viele Menschen ein Naturerlebnis.

Ob das ein Naturschutzgebiet oder ein Wirtschaftswald ist,

ist den Meisten aber verhältnismäßig gleichgültig.

Hauptsache, man sieht keine Bearbeitungsspuren.

Danach ermöglicht nur eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes und die stoffliche Nutzung des Holzes einen größtmöglichen, langfristigen Klimaschutz. Man müsse dabei aber, so sein Co-Referent Dr. Marcus Knauf, den ganze Cluster Forst und Holz betrachten und nicht nur die Forstwirtschaft isoliert.

Prof. Dr. Matthias Dieter, Direktor des Thünen-Instituts in Hamburg, stellte unter anderem fest, dass das walddreiche Deutschland seit 2009 wieder Rohholz einführen müsse, und zwar hauptsächlich Nadelholz. Auch die Wirtschaft kümmerne sich viel zu wenig um den Erhalt der eigenen natürlichen Ressourcen. Noch käme der Großteil der Einfuhren aus der EU. Noch führe Deutschland etwa so viel Holzprodukte aus wie es auch einführt, allerdings mit leicht fallender Tendenz. Aber der Holzverbrauch steigt, das Holz wird in der EU knapper – und das gefährdet langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Holzindustrie. Auch umweltpolitisch gebe es Grund zum Nachdenken. In den USA und in Europa seien etwa 85 % des Waldes zertifiziert. Im Rest der Welt werde Holz nach niedrigeren Forststandards eingeschlagen. Unter dem Strich könnten daher mehr Umweltprobleme exportiert als im eigenen Land gelöst werden.

Wirtschaft

Mit Herbert Dold, geschäftsführender Gesellschafter der Dold Holzwerke im Schwarzwald, kam ein Vertreter der Holzverarbeiter zu Wort. Dold setzt auf die regionale Versorgung. Infolge des Waldumbaus und der Stilllegungen müsse man jedoch auch schon im Schwarzwald Holz aus dem Ausland importieren. Der Nadelholzanteil werde in der nächsten Waldgeneration von derzeit 56 % auf 27 %

zurückgehen. Alles in allem werde die nächste Waldgeneration um 30–40 % geringere Erlöse erbringen. Die betriebs- und volkswirtschaftlichen Negativfolgen eines Nutzungsverzichts würden eine lange Liste füllen, nur habe man den Eindruck, das interessiere viele Entscheidungsträger nicht. Bauwerke unter Verwendung von Laubholz gebe es zwar, aber die seien bislang noch sehr teuer.

Ähnlich dramatisch schätzte Michael Funk, Direktor der Herzog von Ratibor'schen Forstverwaltung die Lage ein. Er verwaltet etwa 4 000 ha Wald in Nordrhein-Westfalen und etwa 2 000 ha in Mecklenburg-Vorpommern. Rund 600 ha sind FFH-Schutzgebiete, in denen eine Nadelholzverjüngung untersagt ist, 150 ha sind Naturschutzgebiete. Der Haupterlös wird durch Holzverkauf erzielt, davon wiederum der Hauptanteil durch Fichte und Douglasie. Stilllegungen und Nutzungseinschränkungen schlagen direkt auf die verkaufbaren Holz mengen, das Betriebsergebnis und damit auch die Beschäftigtenzahl durch. Das Bundesumweltministerium werde sich, so Funk, gemäß seiner Naturschutz-Offensive 2020 für 10 % Stilllegungsflächen auch im Privatwald einsetzen. Privatwaldbesitzer seien praktisch ungeschützt den staatlichen Direktiven preisgegeben.

Prof. Dr. Ulrich Schraml, Leiter der Abteilung Wald und Gesellschaft der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg, lenkte abschließend den Blick auf das gesellschaftliche Umfeld und fragte: Wer will denn eigentlich Flächenstilllegungen? Wer will welche Wildnis? Ist es der Wählerwille, den Aktivisten so gern für sich in Anspruch nehmen, oder der Mainstream, oder sind es Lobbyverbände gleich welcher Couleur? Seine Untersuchungen ergeben ein Bild so bunt wie die deutsche Gesellschaft. Man will den Wald als Naturerlebnis genießen und das möglichst uneingeschränkt. Aber ob das ein Naturschutzgebiet oder ein Wirtschaftswald ist, ist den meisten verhältnismäßig gleichgültig – Hauptsache, man sieht keine Bearbeitungsspuren. „Gepflegte Wildnis im Nahbereich“ sei das Ideal. Was jeder darunter verstehe, sei allerdings grundverschieden, je nach Art der Fragestellung. Insgesamt dürften daher auf keinen Fall angebliche soziale Bedürfnisse zur Durchsetzung von naturschutzfachlichen Fragen missbraucht werden. **Johannes Sebulke**